

ANTRÄGE

Kreisdelegiertenversammlung
der SPD Berlin-Lichtenberg
am 29. März 2014

5 Antragsbuch

Beschlossene Anträge

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 07-14

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 29. März 2014

5 Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVDer Landesparteitag möge beschließen:**Personalabbau stoppen, Personalentwicklung starten!**

10 In den vergangenen Jahren waren alle Berliner Bezirke vom Personalabbau betroffen. Als Leitlinie galt dabei stets die Reduzierung der Stellen in der Verwaltung auf 100.000 Beschäftigte. Den Bezirken sollen davon dann nur noch 20.000 Vollzeitäquivalente zustehen. Dieses Ziel ist Bestandteil des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU und wurde in mehreren Regierungserklärungen verkündet. Gesetzeskraft hat es dagegen nie erlangt. Bis heute erfolgt der Personalabbau in Berlin auf keiner parlamentarischen und damit legislativen Grundlage. Die Senatsverwaltung für Finanzen handelt somit ohne Auftrag des

15 Parlaments, wenn es beispielsweise Zielvereinbarungen mit den Bezirken trifft. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass das Personalziel von 100.000 Beschäftigten angesichts einer wachsenden Stadt jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Niemand kann erklären, wie die 100.000 Beschäftigten alle nötigen Aufgaben in Berlin und in den Bezirken erfüllen sollen, weil an keiner Stelle eben diese nötigen Aufgaben definiert sind. In den nächsten Jahren könnte es sogar noch schlimmer kommen, wenn durch Pensionswellen und verpasste Neueinstellungen die 100.000 Stellen weit unterschritten werden. In vielen Bereichen sind die Auswirkungen bereits jetzt zu spüren. Durch Personalmangel in den Finanzämtern entgehen dem Land sogar Mehreinnahmen in Millionenhöhe, die fehlende Betriebsprüfer*innen eigentlich generieren würden.

Deswegen fordern wir:

- 25
- Das willkürlich festgelegte Ziel von 100.000 Beschäftigten muss durch eine bedarfsgerechte Steuerung ersetzt werden.
 - Es muss durch den Senat ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden, das die Bedarfe im Land Berlin und in den Bezirken konkretisiert und dabei die Altersstruktur und den Einstellungsbedarf berücksichtigt.

30 Die Personalentwicklung des Landes Berlin muss anschließend im Abgeordnetenhaus eine gesetzliche Grundlage erhalten.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag Nr. A 01-14

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 29. März 2014

35 Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVDer Landesparteitag möge beschließen:Der Bundesparteitag möge beschließen:**Keine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen Bundestags**

Die SPD spricht sich gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen Bundestags von vier auf fünf Jahr aus.

45 Der Parteivorstand sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, durch ihr Handeln für ein Bestehenbleiben der vierjährigen Legislaturperiode zu werben!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden gebeten, keiner Verlängerung einer Legislaturperiode zuzustimmen!

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag Nr. A 02-14

Antragsteller: Jusos Lichtenberg, Abteilung 4 Alt-Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 29. März 2014

5 Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVDer Landesparteitag möge beschließen:Der Bundesparteitag möge beschließen:**Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen**

10 Die Verfolgung von Anträgen an übergeordnete Gliederungen ist den Mitgliedern momentan nicht eigenständig möglich. Sie sind in der Regel auf Nachfrage bei hauptamtlichen Mitarbeitern angewiesen.

Um die Basisdemokratie in unserer Partei zu stärken und jedem Mitglied die Möglichkeit zu geben, den Weg der Anträge eigenständig verfolgen zu können, ist daher die Schaffung eines allgemein zugänglichen Systems zur Verfolgung von Anträgen dringend geboten.

15 Dieses System soll es dauerhaft ermöglichen, dass Parteimitglieder zu jedem Antrag online und auf Anfrage schriftlich offline den bisherigen Verlauf sehen können und ggf. in welchem Gremium der Antrag demnächst abgestimmt werden wird. Damit wird auch dargestellt, welche Gremien ihre Positionen bereits in den Antrag eingebracht haben. Inhalt des Antrages, Änderungen und Zusammenfassungen mit anderen Anträgen sollen hier ebenfalls dokumentiert werden. Beispiele wie so etwas umgesetzt werden kann, sind in diversen Parlamenten zu finden.

20 Der Parteivorstand soll dieses System innerhalb eines Jahres ab Beschlussfassung schaffen. Sollte es nicht zu einem zustimmenden Beschluss durch den Bundesparteitag kommen, so hat der Vorstand der Gliederung dieses System für seinen Zuständigkeitsbereich im Alleingang zu schaffen, welche dem Antrag zuletzt zugestimmt hat.

25

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg**Kreis 11**Antrag Nr. A 03-14

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 29. März 2014

30 Beschluss KDV Ja 27 Stimmen Nein viele Stimmen Enthaltungen einige StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PVDer Landesparteitag möge beschließen:Der Bundesparteitag möge beschließen:**Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder der Bundesregierung umgehend einführen!**

35 Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit nach ihrem Ausscheiden wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen wollen, werden durch den Deutschen Bundestag die gesetzlichen Regelungen für die Arbeit einer unabhängigen Ethikkommission geschaffen. Diese überprüft die Art der geplanten Tätigkeit und gibt eine Stellungnahme ab. Die Stellungnahme der Ethikkommission wird veröffentlicht; die Bundesregierung gibt auf Basis dieser Stellungnahme ebenfalls eine öffentliche Einschätzung ab.

40

Steht die Tätigkeit in Zusammenhang mit dem Ressort des Mitglieds der Bundesregierung, so muss die Tätigkeit außerdem von der Ethikkommission genehmigt werden.

45 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, unabhängig von der Einsetzung der Ethikkommission nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung keine Tätigkeit aufzunehmen, die im Zusammenhang mit ihrem Ressort steht.

Die Karenzzeit entspricht der Dauer der Zahlung von Übergangsgeld für das ehemalige Regierungsmitglied und beträgt maximal zwei Jahre.

ANTRÄGE

Zudem werden alle Landesverbände der SPD gebeten, gleiche Regelungen für ihre Landesregierungen einzuführen.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11
Antrag	<u>Nr. A 05-14</u>	
5	Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
	KDV Lichtenberg am 29. März 2014	
	Beschluss KDV	<u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> mehrere Stimmen <u>Enthaltungen</u> 1 Stimme
	Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	

10 Die KDV Lichtenberg möge beschließen:**Veröffentlichung der Beschlüsse auf Kreisebene**

Der geschäftsführende Kreisvorstand der SPD-Lichtenberg wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Beschlüsse der SPD Lichtenberg, die auf Kreisebene getätigt werden, auf der Homepage veröffentlicht werden. Dazu gehören besonders die (politischen) Beschlüsse der Kreisdelegiertenversammlung und des Kreisvorstandes der SPD Lichtenberg.

15

Beschlüsse, die organisatorischer Art sind, sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

Des Weiteren sind auch die Beschlüsse des geschäftsführenden Kreisvorstandes (gKV) ausgeschlossen, es sei denn der gKV sieht einen Bedarf bzw. politischen Mehrwert in der Veröffentlichung seiner Beschlüsse.

20

Soweit es personell, zeitlich und dokumentarisch möglich ist, sollen die Beschlussbücher der vergangenen KDV'en nachträglich auf der Homepage veröffentlicht werden!

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11
Antrag	<u>Nr. A 06-14</u>	
25	Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
	KDV Lichtenberg am 29. März 2014	
	Beschluss KDV	<u>Ja</u> <u>mehrheitlich</u> Stimmen <u>Nein</u> 1 Stimme <u>Enthaltungen</u> <u>wenige Stimmen</u>
	Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	

Der Landesparteitag möge beschließen:**Jugendberufsagenturen nicht aus bestehenden Personalmitteln der Berliner Bezirke betreiben**

30

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die SPD-Fraktionen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen, die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und die sozialdemokratischen Mitglieder in den Bezirksämtern sollen sich dafür einsetzen, dass die Jugendberufsagenturen nicht aus den schon bestehenden Personalkontingenten bzw. Personal- und Finanzmitteln der Bezirke betrieben werden.

35

Für die zu schaffenden Jugendberufsagenturen sollen zusätzlich durch den Senat für die Bezirke zusätzliche bezirkliche Personalstellen bereitgestellt und finanziert werden.

Zusätzlich ist darauf zu achten, dass bei der Umsetzung auch die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention eingehalten werden und somit analog zum Hamburger Beispiel Jugendliche mit Behinderung ebenfalls Teil der Zielgruppe der Berliner Jugendberufsagenturen werden.

40

Die Schaffung der Jugendberufsagentur wird bzgl. der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und den positiven Erfahrungen aus Hamburg deutlich begrüßt!

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11
Antrag	<u>Nr. A 08-14</u>	
	Antragsteller: Karlshorst/ Friedrichsfelde Süd	
	KDV Lichtenberg am 29. März 2014	

ANTRÄGE

Beschluss KDV	<u>Ja</u>	Stimmen	Nein	Stimmen	Enthaltungen	Stimmen			
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV	<input type="checkbox"/> BA	<input checked="" type="checkbox"/> LPT	<input type="checkbox"/> LV	<input type="checkbox"/> Senat	<input type="checkbox"/> AGH	<input checked="" type="checkbox"/> BPT	<input type="checkbox"/> BT	<input type="checkbox"/> PV

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 5 § 13 (7) des Organisationsstatuts wird ergänzt und lautet wie folgt:

Der Parteivorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids. *Neu:* Hierbei ist Chancengleichheit für beide Abstimmungsalternativen zu gewährleisten. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Mitglieder über beide Alternativen in gleicher Art und gleichem Umfang informiert werden.

10	Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11								
	Antrag <u>Nr. A 09-14</u>									
	Antragsteller: Karlshorst/ Friedrichsfelde Süd									
	KDV Lichtenberg am 29. März 2014									
	Beschluss KDV	<u>Ja</u>	Stimmen	Nein	Stimmen	Enthaltungen	Stimmen			
15	Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV	<input type="checkbox"/> BA	<input checked="" type="checkbox"/> LPT	<input type="checkbox"/> LV	<input type="checkbox"/> Senat	<input type="checkbox"/> AGH	<input checked="" type="checkbox"/> BPT	<input type="checkbox"/> BT	<input type="checkbox"/> PV

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

§ 14 des Organisationsstatuts wird um Absatz (12) ergänzt, der wie folgt lautet:

- 20 Die Verfahrensregeln für den Mitgliederentscheid gelten sinngemäß auch für das vom Bundes-, Landes-, Bezirks-, Unterbezirks- oder Kreisverbandsvorstand initiierte Mitgliedervotum.